

Martin Mammen Goldenort 8, 26427 Esens, ☎ 04971 / 7804, 📠 04971 / 949305
Martin Jacobs Twietenserstr. 9a, 26427 Stedesdorf ☎ 04971 / 7710, 📠 04971 / 7710

Esens, den 17.02.2010

An den
Bürgermeister der Samtgemeinde Esens
Herrn J. Buß
Am Markt
26427 Esens

Fax: 04971 / 7710

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
hiermit legen wir nachfolgenden Antrag vor, den der Samtgemeinderat, nach fachlicher Beratung im nächsten Samtgemeindeausschuss, in seiner nächsten Sitzung beschließen möge:

Antrag: Mehr Beteiligungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger an der Kommunalpolitik durch Einführung eines „Kommunalen Bürgerhaushalts“

Die Verwaltung wird beauftragt:

Die Verwaltung wird beauftragt:

- **Mit der Aufstellung des Haushalts 2011 eine Beteiligung der BürgerInnen der Stadt Esens, in Form eines Bürgerhaushalts durchzuführen.**
- **Dazu informiert die Stadt die BürgerInnen rechtzeitig und allgemein verständlich über zu erwartende Einnahmen und Ausgaben, die Verteilung der Haushaltsmittel, Schwerpunkte und Entwicklung der gesetzlichen wie freiwilligen Leistungen im Verwaltungshaushalt sowie der Investitionen. Die Information erfolgt über verschiedene Medien wie zum Beispiel Broschüren, Internet und bei genügendem Interesse Bürgerversammlungen sowie eine begleitende Pressearbeit.**
- **Den BürgerInnen wird die Möglichkeit gegeben, schriftlich per Fragebogen, per Internet Anregungen und Kritik am Haushaltsentwurf vorzubringen und eigene Vorschläge einzubringen.**
- **Anregungen, Kritik und Vorschläge fließen in Form einer Vorlage in die Haushaltsberatungen mit ein.**

Begründung:

Seit Jahren ist zu beobachten, dass das Interesse an der Kommunalpolitik nachlässt. Als Folge geht die Beteiligung an Wahlen zurück (z.B. Landratswahl 2010 im Landkreis Wittmund). Alle Parteien sind aufgefordert, darüber nachzudenken, wie dieser Trend gestoppt werden kann.

Als eine Möglichkeit einer stärkeren Beteiligung gibt es in Deutschland in mehreren Kommunen „Kommunale Bürgerhaushalte“. Ziel ist, die Bürgerinnen und Bürger besser über den Haushalt ihrer Gemeinde zu informieren und sie stärker am Haushaltsgeschehen zu beteiligen. So erarbeiten z. B. Projektkommunen in Nordrhein-Westfalen Modelle für die Aufstellung eines Bürgerhaushaltes.

Projektträger sind das Innenministerium NRW und die Bertelsmann Stiftung. Inzwischen folgten weitere Städte diesem Schritt.

Mit einem Bürgerhaushalt soll eine Gestaltung der Politik im Einvernehmen mit den Bürgern und Bürgerinnen erreicht werden. Bei der Verteilung der Finanzmittel soll stärker auf die Vorschläge aus der Bevölkerung eingegangen werden. Gleichzeitig soll mehr Transparenz in Haushaltsfragen und ein besseres Verständnis für die Möglichkeiten und Grenzen der Haushaltspolitik vermittelt werden. Man kann aber auch mehr Schwung in der Haushaltsdiskussion, unbürokratische Lösungen und neue Denkanstöße erwarten.

Der Haushalt wird selbstverständlich auch künftig vom Rat entschieden. Die Beteiligung der Bürgerschaft stellt von daher eine Form der Konsultation dar. Es mag aber auch in der Bürgerschaft eine Fülle von Ideen und Anregungen geben, die dem Rat und der Verwaltung nicht bekannt sind. Es sollte im Interesse aller Parteien sein, dieses Potenzial zu nutzen.

Mit freundlichem Gruß

Martin Mammen